

II-2125 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen  
des Nationalrates XV. Gesetzgebungsperiode

Nr. 10741J

1981 -03- 20

A N F R A G E

der Abgeordneten DKFM.BAUER, DR.JÖRG HAIDER  
an den Herrn Bundesminister für soziale Verwaltung  
betreffend Entsendung von Arbeitnehmervertretern in den Sparkassenrat

Auf Grund des § 14 Abs.3 Sparkassengesetz darf höchstens ein Drittel der Mitglieder des Sparkassenrates aus Mitgliedern der Gemeindevertretung der Haftungsgemeinde(n) oder der Gemeinde am Sitz der Sparkasse bestehen.

Diese Bestimmung wird nun vom Bundesministerium für Finanzen so ausgelegt, daß sich die 1/3-Regelung auch auf die vom Betriebsrat auf Grund des Arbeitsverfassungsgesetzes zu entsendenden Arbeitnehmervertreter im Sparkassenrat bezieht.

Das hat zur Folge, daß dem Betriebsrat, sofern von der Eigentümerseite das Drittel an Gemeinderäten ausgeschöpft wird, die Möglichkeit genommen ist, seinerseits Vertreter zu entsenden, die gleichzeitig auch Gemeinderäte sind. Im Extremfall kann dies dazu führen, daß hier eine Entsendung zur Gänze unmöglich wird.

Die unterzeichneten Abgeordneten vertreten die Auffassung, daß sich im gegenständlichen Zusammenhang eine unzulässige Einschränkung des im Arbeitsverfassungsgesetz verankerten Entsendungsrechtes des Betriebsrates ergibt, und richten daher an den Herrn Bundesminister für soziale Verwaltung die

- 2 -

A n f r a g e :

1. Wie nehmen Sie als das für die Vollziehung des Arbeitsverfassungsgesetzes zuständige Regierungsmitglied zu der oben aufgezeigten Problematik Stellung?
2. Schließen Sie sich der vom Bundesminister für Finanzen vertretenen Auslegung des Sparkassengesetzes (§ 14 Abs.3) an?
3. Sind Sie bereit, die in Rede stehende Frage mit dem Bundesminister für Finanzen zu erörtern?